

14.07.2015

Niederschrift 002/2015

Kreistag

am 23.06.2015 | Kreishaus Unna | Freiherr-vom-Stein-Saal I-III |
Friedrich-Ebert-Straße 17 | 59425 Unna

Beginn 15:00 Uhr

Ende 17:45 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Landrat Michael Makiolla

Kreistagmitglieder SPD

Frau Jasmin Beisenherz

Herr Martin Blom

Frau Angelika Chur

Frau Brigitte Cziehso

abwesend

Frau Aileen Droll

Frau Martina Eickhoff

Herr Bernd Engelhardt

abwesend

Herr Norbert Enters

Herr Hartmut Ganzke

abwesend

Herr Jens Hebebrand

Herr Udo Holz

Frau Christine Hupe

Frau Renate Jung

Herr Jürgen Kerl

Herr Dirk Kolar

anwesend bis 17.35 Uhr

Frau Ingrid Kroll

Herr Sascha Alexander Kudella

Frau Ursula Lindstedt

Herr Dieter Mendrina

abwesend

Herr Gerd Oldenburg

Herr Theodor Rieke

Frau Renate Schmeltzer-Urban

Herr Jens Schmülling

Herr Heinz Steffen

Frau Simone Symma

Frau Manuela Werbinsky

abwesend

Herr Martin Wiggermann

Herr Herbert Ziegenbein

Herr Uwe Zühlke

Kreistagmitglieder CDU

Herr Günter Bremerich

Herr Peter Dörner

Frau Annika Dresen

Herr Wilfried Feldmann

Frau Claudia Gebhard

Herr Stefan Janyga

Herr Wilhelm Jasperneite

anwesend bis 16.40 Uhr

Herr Jan-Eike Kersting

Herr Dieter Kleinwächter

Herr Paul-Heinz Kranemann

Herr Helmut Krause

Herr Herbert Krusel

Herr Olaf Lauschner

Herr Gerhard Meyer

Frau Elke Middendorf

Herr Hakan Namlisoy

Herr Martin Niessner

Frau Martina Plath

abwesend

Frau Gabriele Richter

Frau Ursula Schmidt

Herr Carl Schulz-Gahmen

Kreistagmitglieder BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Herr Hans-Ulrich Bangert

Frau Ilka Brehmer

Herr Herbert Goldmann

Frau Sandra Heinrichsen

Herr Jochen Nadolski-Voigt

Frau Stephanie Schmidt

Frau Anke Schneider

Herr Dennis Schweer

Kreistagmitglieder Linksfraktion

Frau Insa Bußmann

Herr Dieter Reichwald

abwesend

Herr Werner Sell

Kreistagmitglieder GFL-Lünen / UWG-Selm

Herr Kunibert Kampmann

Frau Maria Lipke

Herr Helmut Rosenkranz

Kreistagmitglieder FDP

Herr Michael Klostermann

Herr Julius Will

Kreistagmitglieder PIRATEN

Herr Christian Roß

Herr Ralf Schaefer

Kreistagsmitglieder FW

Herr Dieter Albert

Herr Helmut Stalz

Verwaltung

Herr Dr. Thomas Wilk, Kreisdirektor

Herr Dr. Detlef Timpe, Dezernent

anwesend bis 16.45 Uhr

Herr Torsten Göpfert, Dezernent

Herr Dirk Wigant, Dezernent

Frau Sabine Leiße, Leiterin Stabsstelle Planung und Mobilität

Frau Katja Schuon, Leiterin Büro Landrat, Kreistag, Gleichstellung

Frau Silke Schmücker, Schriftführerin

Herr Landrat Makiolla begrüßt die anwesenden Damen und Herren und eröffnet die Sitzung. Auf seine Nachfrage erklären sich die Kreistagsmitglieder damit einverstanden, dass von der Stabsstelle Presse und Kommunikation während der Sitzung Fotos für den Internetauftritt des Kreises gemacht werden.

Herr Landrat Makiolla teilt mit, dass Frau Bärbel Schmidt, Kreistagsmitglied aus Bönen, und Herr Leo Klempt, ehemaliges langjähriges Kreistagsmitglied aus Lünen, verstorben seien und würdigt die Verdienste der Verstorbenen. Auf seine Bitte hin erheben sich die Anwesenden zu einer Schweigeminute.

Herr Landrat Makiolla verpflichtet sodann Frau Jasmin Beisenherz, die für Frau Schmidt in den Kreistag nachgerückt ist, zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung ihrer Aufgaben.

Vor Eintritt in die Tagesordnung würdigt Herr Landrat Makiolla in einer Rede das 40-jährige Jubiläum der kommunalen Neuordnung zum 01.01.1975. Die Rede ist der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt.

Herr Landrat Makiolla teilt mit, dass die Einladung zu der Sitzung am 11.06.2015 verschickt wurde. Da sich auf seine Frage hin niemand meldet, dem die Einladung nicht fristgerecht zugegangen ist, stellt er die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Kreistages fest. Änderungen oder Ergänzungen in der Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

Punkt 1		Bestellung einer Schriftführerin
Punkt 2		Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner
Punkt 3	044/15	Änderung der Geschäftsordnung des Kreistages des Kreises Unna
Punkt 4	060/15	Ersatzwahlen
Punkt 5	074/15	Einrichtung einer interfraktionellen Arbeitsgruppe Papierloser Sitzungsdienst

Punkt 6	067/15	Wahlen für die Gremien der Emschergenossenschaft
Punkt 7	079/15	Wahl eines Mitglieds für den Verbandsrat des Lippeverbandes
Punkt 8	077/15	Wahlen in die Ausschüsse des Rates der Regionen und Gemeinden Europas
Punkt 9	035/15	Mitgliedschaft des Kreises Unna im "Förderverein für das zdi-Netzwerk Perspektive Technik" ; Beitrittsbeschluss
Punkt 10	063/15	Umsetzung des Linienbündelungskonzeptes im Kreis Unna
Punkt 11		Radschnellweg Ruhr (RS 1)
Punkt 11.1	066/15	Kernaussagen der Machbarkeitsstudie und Perspektiven
Punkt 11.2	075/15	Antrag der Fraktionen SPD und CDU vom 26.05.2015 zur DS 066/15
Punkt 12	047/15	Abberufung / Bestellung von Prüferinnen/ Prüfern des Rechnungsprüfungsamtes
Punkt 13	051/15	Entwurf des Jahresabschlusses 2014
Punkt 14	043/15	Budgetbericht zum Stichtag 31.03.2015
Punkt 15	082/15	Investitionsprogramm des Bundes - Umsetzung im Kreis Unna; Antrag der Fraktionen SPD und CDU vom 10.06.2015
Punkt 16	071/15	Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Wahrnehmung der Aufgabe der Finanzbuchhaltung für das Studieninstitut Hellweg-Sauerland Soest
Punkt 17	054/15	Zusammenarbeit zwischen den Leitstellen der Kreise Unna und Soest; Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung
Punkt 18		Erstaufnahmeeinrichtung für asylbegehrende Ausländer
Punkt 18.1	068/15/1	Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über eine Erstaufnahmeeinrichtung für asylbegehrende Ausländer zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen und dem Kreis Unna
Punkt 18.2	076/15	Auswirkungen auf den Haushalt
Punkt 19	048/15	Wiedereinführung des Kfz-Unterscheidungszeichens LH im Kreis Unna
Punkt 20	052/15/1	Vertragliche Einigung Ausstellungen Schloss Cappenberg
Punkt 21	083/15	Zukunft der Neuen Philharmonie Westfalen

- Punkt 22** Vereinbarung zwischen dem Kreis Unna und der Arbeitsagentur zur Ausgestaltung des Jobcenters Kreis Unna;
- Punkt 22.1** 046/15 Neufassung § 7 der Vereinbarung vom 05.11.2010 über die Ausgestaltung des Jobcenters Kreis Unna;
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und CDU vom 09.04.2015
- Punkt 22.2** 062/15 Neufassung ab dem 01.01.2016
- Punkt 23** 049/15 Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Vertrages mit dem Land Nordrhein-Westfalen zur Kostenerstattung von Kinderbetreuungsplätzen
- Punkt 24** 058/15/1 Fortsetzung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zum Ausgleichsflächenmanagement mit der Gemeinde Bönen
- Punkt 25** Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Nichtöffentlicher Teil

- Punkt 26** 064/15 Übernahme einer Ausfallbürgschaft zugunsten der Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH (VKU)
- Punkt 27** 061/15 Aufträge zur Durchführung der Potenzialanalyse im Rahmen von „Kein Abschluss ohne Anschluss – Übergang Schule – Beruf in NRW“
- Punkt 28** Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Öffentlicher Teil

Punkt 1 Bestellung einer Schriftführerin

Beschluss

Auf Vorschlag des Landrates wird Frau Silke Schmücker zur Schriftführerin für diese Sitzung des Kreistages bestellt.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 2 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Erörterung

Frau Struck, Vertreterin der Schulpflegschaft der Sonnenschule in Kamen (Förderschwerpunkt Sprache) bezieht sich auf das Gutachten über die zukünftige Struktur der Förderschulen im Kreis und kritisiert die darin enthaltene Empfehlung zur Dezentralisierung der Sonnenschule als nicht nachvollziehbar. Vor diesem Hintergrund frage sie den Landrat, ob die Empfehlung des Gutachtens, die Förderschule Sprache und die Förderschule für emotionale und soziale Entwicklung in einem Gebäude unterzubringen, mit der Folge, dass

die Kinder gemeinsam in einem Bus befördert werden müssten, aus seiner Sicht pädagogisch zielführend und im Alltag umsetzbar sei. Die introvertierten sprachverzögerten Kinder würden so mit Kindern, die eine ausgeprägte Schwäche in der emotionalen und sozialen Entwicklung besäßen, beim Bustransfer, im Gebäude, auf dem Schulhof etc. konfrontiert.

Zudem fragt Frau Struck, wann mit der Beantwortung des Schreibens der Elternschaft der Sonnenschule vom 05.06.2015 an die Kreisverwaltung zu rechnen sei. Darin seien weitere kritische Fragen zur Umsetzung des Gutachtens gestellt worden.

Herr Landrat Makiolla bittet um Verständnis, dass er die komplexen Fragen nicht mündlich in der Sitzung beantworten könne. Zum weiteren Verfahren führt er aus, dass derzeit eine Drucksache für die weitere Beratung über die zukünftige Struktur der Förderschulen im Kreis in den politischen Gremien erstellt werde. Sie solle bis Ende Juli vorliegen und werde auch der Schulkonferenz der Sonnenschule zugeleitet. Diese werde die Möglichkeit haben, zu der Drucksache eine Stellungnahme abzugeben, die dann in die Beratungen des Ausschusses für Bildung und Kultur am 18.08.2015 als zuständigem Fachausschuss einfließen werde. Die Elternschaft der Sonnenschule sei eingeladen, die politischen Beratungen in der öffentlichen Sitzung zu verfolgen.

Alle in den verschiedenen Schreiben an den Kreis gestellten Fragen würden zudem so zeitnah wie möglich schriftlich beantwortet, so Herr Landrat Makiolla.

(Hinweis der Schriftführerin: Die schriftliche Antwort auf die Fragen von Frau Struck stand bei Fertigstellung der Niederschrift noch aus und wird nachträglich als Anlage 2 beigelegt.)

Punkt 3 044/15 Änderung der Geschäftsordnung des Kreistages des Kreises Unna

Beschluss

§ 14 Absatz 5 Satz 3 der Geschäftsordnung des Kreistages des Kreises Unna wird wie folgt geändert:

Die Tonaufnahme wird gelöscht, wenn die Frist zur Anzeige von Einwendungen gegen die Niederschrift nach Absatz 4 Satz 5 verstrichen ist.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 4 060/15 Ersatzwahlen

Wahl

Folgende Ersatzwahlen werden vorgenommen:

1. a) Frau Jasmin Beisenherz wird als ordentliches Mitglied in
 - den Ausschuss für Feuerwehr, Sicherheit, Ordnung und Straßenverkehr
 - den Ausschuss für Gesundheit und Verbraucherschutz
 - den Wahlausschuss

sowie als stellvertretendes Mitglied in

- den Ausschuss für Bildung und Kultur
- den Ausschuss für Soziales, Familie und Gleichstellung

- den Jugendhilfeausschuss
- den Rechnungsprüfungsausschuss
- den Kreispolizeibeirat Unna
gewählt.

b) Frau Jasmin Beisenherz wird als ordentliches Mitglied in

- die Gesellschafterversammlung der Gemeinnützigen Gesellschaft für Suchthilfe im Kreis Unna mbH
- das Kuratorium des AWO-Seniorenzentrums in Bönen

sowie als stellvertretendes Mitglied in

- die Gesundheitskonferenz des Kreises Unna
- die Vertretung des Schulträgers für mündliche und praktische Abschlussprüfungen am Märkischen Berufskolleg Unna (1. Stellvertreterin)
entsandt.

2. Als Nachfolger für den verstorbenen Herrn Eckhart Sulk wird Herr Dirk Wigant als ordentliches Mitglied für den Beirat der Justizvollzugsanstalt Schwerte benannt.

Wahlergebnis

einstimmig gewählt

Punkt 5 074/15 Einrichtung einer interfraktionellen Arbeitsgruppe Papierloser Sitzungsdienst

Beschluss

Zur Begleitung und Vorbereitung der weiteren Prozesse im Rahmen der Umsetzung und Weiterentwicklung des papierlosen Sitzungsdienstes wird die interfraktionelle Arbeitsgruppe „Papierloser Sitzungsdienst“ eingerichtet.

Der Arbeitsgruppe gehören an:

1.	SPD	Schmeltzer-Urban, Renate
2.	SPD	Schmülling, Jens
3.	CDU	Kersting, Jan-Eike
4.	CDU	Krusel, Herbert
5.	B'90/DIE GRÜNEN	Schneider, Anke
6.	Linksfraktion	Reichwald, Dieter
7.	GFL-Lünen/UWG-Selm	Rosenkranz, Helmut

des Weiteren die Geschäftsführer folgender Fraktionen / Gruppen:

8.	SPD	Erdmann, Wulf
9.	CDU	Pufke, Marco-Morten
10.	B'90/DIE GRÜNEN	Schmidt, Stephanie
11.	FDP	Wette, Andreas
12.	PIRATEN	Roß, Christian

Den Vorsitz der Arbeitsgruppe übernimmt Herr Jens Schmülling (SPD-Fraktion).

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 6 067/15 Wahlen für die Gremien der Emschergenossenschaft

Erörterung

Herr Landrat Makiolla weist darauf hin, dass alle in der Emschergenossenschaft vertretenen Kreise (Wesel, Recklinghausen, Ennepe-Ruhr und Unna) insgesamt jeweils einen gemeinsamen Sitz in den verschiedenen Gremien hätten. Die Wahlvorschläge beruhen auf einer Abstimmung der Kreise untereinander.

Beschluss

1. Zur Wahl als ordentliches Mitglied in den Widerspruchsausschuss der Emschergenossenschaft für die Wahlzeit 2015-2020 wird der Genossenschaftsversammlung der Emschergenossenschaft Herr Landrat Michael Makiolla vorgeschlagen.
2. Zur Wahl als ordentliches Mitglied in den Genossenschaftsrat der Emschergenossenschaft für die Wahlzeit 2015-2020 wird der Genossenschaftsversammlung der Emschergenossenschaft Herr Dr. Ansgar Müller, Landrat des Kreises Wesel, vorgeschlagen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 7 079/15 Wahl eines Mitglieds für den Verbandsrat des Lippeverbandes

Erörterung

Herr Landrat Makiolla weist darauf hin, dass alle Ruhrgebietskreise im Verbandsrat des Lippeverbandes einen gemeinsamen Sitz hätten. Man habe sich auf Herrn Landrat Süberkrüb als gemeinsamen Vertreter verständigt.

Beschluss

Zur Wahl als ordentliches Mitglied in den Verbandsrat des Lippeverbandes für die Wahlzeit 2015-2020 wird der Verbandsversammlung des Lippeverbandes Herr Cay Süberkrüb, Landrat des Kreises Recklinghausen, als gemeinsamer Vertreter der Kreise Unna, Wesel und Recklinghausen vorgeschlagen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 8 077/15 Wahlen in die Ausschüsse des Rates der Regionen und Gemeinden Europas

Erörterung

Herr Landrat Makiolla verliest die Wahlvorschläge der Fraktionen SPD und CDU und teilt mit, dass vorgeschlagen werde, den Deutsch-Französischen Ausschuss nicht zu besetzen, da es auf Kreisebene keine Partnerschaft mit Frankreich gebe.

Herr Sell weist darauf hin, dass die Linksfraktion mit der Besetzung des Deutsch-Polnischen Ausschusses durch Herrn Jasperneite nicht einverstanden sei. Herr Jasperneite sei durch zahlreiche Entsendungen in verschiedene Gremien aus Sicht der Linksfraktion zeitlich überlastet, denn er habe bereits an mehreren Sitzungen nicht teilgenommen.

Beschluss

Zur Wahl in die Ausschüsse des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) werden dem Hauptausschuss des RGRE für die dreijährige Wahlzeit die folgenden Delegierten vorgeschlagen:

1. Ausschuss für kommunale Entwicklungszusammenarbeit

Holz, Udo (SPD)

Meyer, Gerhard (CDU)

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

2. Deutsch-Polnischer Ausschuss

Schmülling, Jens (SPD)

Jasperneite, Wilhelm (CDU)

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich beschlossen (62 Ja-Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und GFL-Lünen/UWG-Selm, der Gruppen FDP, Piraten und FW sowie des Landrates, 2 Nein-Stimmen der Linksfraktion)

**Punkt 9 035/15 Mitgliedschaft des Kreises Unna im "Förderverein für das zdi-Netzwerk Perspektive Technik" ;
Beitrittsbeschluss**

Erörterung

Herr Landrat Makiolla weist darauf hin, dass die Arbeit des zdi-Netzwerkes ein wichtiger Baustein der Strategie des Kreises sei, den Übergang von der Schule in insbesondere technische und naturwissenschaftliche Ausbildungsgänge erfolgreich zu gestalten. Das Besondere an dem Netzwerk sei, dass neben den Schulen und den Verantwortlichen aus den Verwaltungen darin auch viele Unternehmen mitarbeiteten.

Beschluss

Der Landrat wird beauftragt, die Mitgliedschaft im Förderverein für das zdi-Netzwerk Perspektive Technik zu beantragen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Wahl

Das Stimmrecht in der Mitgliederversammlung wird durch den Landrat wahrgenommen.

Wahlergebnis

einstimmig gewählt

Punkt 10 063/15

Umsetzung des Linienbündelungskonzeptes im Kreis Unna

Erörterung

Herr Landrat Makiolla teilt mit, dass sich der Ausschuss für Kreisentwicklung und Mobilität in Ergänzung zu dem Beschlussvorschlag der Drucksache 063/15 in seiner Sitzung am 26.05.2015 dafür ausgesprochen habe, bei der VKU und bei der Bezirksregierung Arnsberg als zuständiger Genehmigungsbehörde auf eine Harmonisierung der Konzessionslaufzeiten der VKU im großen Bündel hinzuwirken, um unnötigen Bürokratieaufwand zu vermeiden. Die VKU habe sich inzwischen mit der Harmonisierung einverstanden erklärt, jedoch sei das Anliegen von der Bezirksregierung Arnsberg abgelehnt worden. Aufgrund der urlaubsbedingten Abwesenheit der zuständigen Sachbearbeiterin bei der Bezirksregierung stehe eine Begründung für die Ablehnung noch aus.

Er schlage vor, wie auch bereits vom Kreisausschuss empfohlen, über die Umsetzung des Linienbündelungskonzeptes zu entscheiden, da die Angelegenheit keinen zeitlichen Aufschub dulde. Ergänzend zum Beschlussvorschlag der Drucksache schlage er vor, ihn zu beauftragen, Kontakt mit der Bezirksregierung Arnsberg aufzunehmen, um im Nachhinein noch einen früheren Harmonisierungszeitpunkt der Konzessionslaufzeiten der VKU zu erwirken.

Da sich die Kreistagsmitglieder mit dieser Vorgehensweise einverstanden erklären, stellt Herr Landrat Makiolla den Beschlussvorschlag mit der entsprechenden Ergänzung zur Abstimmung.

Beschluss

Das Linienbündelungskonzept gem. Anlage 1 der Drucksache 063/15 wird als Ergänzung zum Nahverkehrsplan des Kreises Unna beschlossen.

Der Landrat wird beauftragt, das Linienbündelungskonzept der Bezirksregierung Arnsberg als zuständiger Genehmigungsbehörde anzuzeigen.

Der Landrat wird beauftragt, Kontakt mit der Bezirksregierung Arnsberg aufzunehmen, um im Nachhinein noch einen früheren Harmonisierungszeitpunkt der Konzessionslaufzeiten der VKU zu erwirken.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

(Hinweis der Schriftführerin: Auf Seite 16, Tabelle 4, 2. Zeile der Anlage „Linienbündelungskonzept“ wurden vom Gutachter versehentlich falsche Daten zu den Harmonisierungszeitpunkten für das „Kleine Bündel BRS“ angegeben. Korrekt sind der **25.05.2016** und der **25.05.2026**. Die korrigierte Seite ist dieser Niederschrift als Anlage 3 beigelegt.)

Punkt 11

Radschnellweg Ruhr (RS 1)

Erörterung

Herr Landrat Makiolla weist darauf hin, dass sich der Kreistag bereits in seiner Sitzung am 16.12.2014 mit dem Radschnellweg Ruhr (RS 1) befasst und einen entsprechenden Beschluss gefasst habe. Da der RVR aber um eine einheitliche Beschlussfassung aller Räte und Kreistage in der Region gebeten habe, habe er das Thema erneut auf die Tagesordnung gesetzt. Zudem liege ein ergänzender gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und CDU vor.

Für die FDP-Gruppe stellt Herr Klostermann die Sinnhaftigkeit des Projekts vor dem Hintergrund der dafür anfallenden Kosten in Frage. In Nordrhein-Westfalen gebe es einen Sanierungsstau bei Straßen und Brücken in Milliardenhöhe. Als Folge müssten Straßen für LKW gesperrt werden; zudem stünden Autofahrer im Dauerstau. Dies ziehe einen erheblichen volkswirtschaftlichen Schaden und enorme Umweltbelastungen nach sich. Die Kosten für den Radschnellweg lägen bei 1,8 Mio. Euro pro Kilometer. Für den gleichen Preis könne fast schon eine normale Straße gebaut werden, deren volkswirtschaftlicher Gesamtnutzen sicherlich deutlich höher wäre.

Das gemeinsame Ansinnen der anderen Fraktionen und Gruppen im Kreistag, den RS 1 in Zeiten knapper Mittel auf den Weg zu bringen, bewerte die FDP-Gruppe als verantwortungslosen Umgang mit Steuergeldern. Der Antrag der Fraktionen SPD und CDU, dass einer Realisierung nur dann zugestimmt werde, wenn dem Kreis keine Kosten entstünden, sei aus liberaler Sicht utopisch und ebenfalls nicht zustimmungsfähig. Der Kreis werde mit Sicherheit für die Bewirtschaftungs- und Instandhaltungskosten aufkommen müssen. Die FDP-Gruppe werde sowohl die den Beschlussvorschlag der Drucksache als auch den Antrag von SPD und CDU ablehnen.

Für die SPD-Fraktion kritisiert Herr Hebebrand die Haltung der FDP-Gruppe als rückwärtsgewandt. Durch die Äußerungen von Herrn Klostermann sei deutlich geworden, dass es der FDP nur darum gehe, den Straßenbau zu fördern. Die SPD-Fraktion hingegen halte den Radschnellweg für eine innovative Idee. Der RS 1 als schnelle und direkte Verbindung werde im Ruhrgebiet gebraucht, um den motorisierten Individualverkehr aus den Innenstädten auf das Fahrrad zu verlagern. Dieses Konzept laufe bereits in verschiedenen Großstädten im Ausland sehr erfolgreich.

Mit dem gemeinsamen Antrag wollten die Fraktionen SPD und CDU noch einmal deutlich unterstreichen, dass eine Finanzierungsbeteiligung des Kreises und der kreisangehörigen Kommunen an dem Projekt nicht möglich sei.

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bezeichnet Herr Goldmann die Entscheidung über den RS 1 als „wegweisende Entscheidung über ein Jahrhundertprojekt für Nordrhein-Westfalen“. Zwar sei der Radweg mit Gesamtkosten von rund 183,7 Mio. Euro sehr teuer, aber gerade deshalb müsse man alle Fakten berücksichtigen, um sich mit dem Projekt ergebnisorientiert auseinanderzusetzen. Bereits jetzt fahre jeder neunte Bürger in Nordrhein-Westfalen täglich Rad. Das Projekt habe große Auswirkungen für die Verlagerung des Verkehrs auf Radwege. Man könne stolz sein, dass der bundesweit erste Autobahnradweg im Ruhrgebiet verwirklicht werde. Der Verkehrsminister des Landes NRW habe sich sehr für die Finanzierung des Projekts mit Bundes- und EU-Mitteln eingesetzt. Nun sollte der Kreis auch die entsprechende Unterstützung signalisieren.

Vor diesem Hintergrund könne er den Antrag der Fraktionen SPD und CDU nicht verstehen, der aus seiner Sicht einen „Knebelungsbeschluss“ beinhalte. Mit diesem Beschlusszusatz nähme man billigend in Kauf,

dass das Projekt unter Umständen doch noch scheitere, wenn zum Beispiel nur eine 99-prozentige Drittfi-
nanzierung sichergestellt sei oder das Land einen symbolischen Beitrag der Gebietskörperschaften fordere.
Aus Sicht seiner Fraktion sei mit dem am 16.12.2014 im Kreistag zum RS1 gefassten Beschluss alles ge-
sagt. Der Antrag sei überflüssig.

Für die FW-Gruppe führt Herr Stalz aus, dass das Projekt nicht nur aus umweltpolitischer Sicht sinnvoll sei,
sondern auch vor dem Hintergrund der technischen Entwicklung, dass immer mehr E-Bikes und Pedelecs
zum Einsatz kämen. Mit dem RS 1 könnten deutlich mehr Pendler auf das Rad gebracht werden. Zwar sei
bereits bei der Vorstellung der Machbarkeitsstudie durch den RVR klargestellt geworden, dass die Kommu-
nen mit der Finanzierung nicht über Gebühr belastet werden sollten. Als Begründung sei angegeben wor-
den, dass es sich um einen autobahnähnlichen Ausbau handele, so dass nicht die Kommunen, sondern der
Bund Träger des Radschnellwegs sei. Die Gruppe der Freien Wähler verstehe trotzdem den Antrag der
Fraktionen SPD und CDU als ausdrückliche Klarstellung, dass die sich zum Teil in der Haushaltssicherung
befindlichen Kommunen keinesfalls durch das Projekt belastet werden dürften.

Herr Jasperneite weist erneut darauf hin, dass der Antrag nur das klarstelle, was auch vom RVR bereits so
beschrieben worden sei. Das Projekt sei vor dem Hintergrund der technischen Entwicklung hin zu mehr E-
Bikes sinnvoll und notwendig. Jedoch könne es sich der Kreis nicht leisten, ohne Geld zu bauen.

Herr Roß stellt fest, dass aus Sicht der Gruppe der Piraten im Dezember bereits alles zum Thema der Fi-
nanzierung des RS 1 gesagt worden sei. Herr Jasperneite habe zudem selbst betont, dass auch in den
Gremien des RVR entsprechend diskutiert worden sei. Daher erübrige sich der Antrag aus seiner Sicht.

Herr Enters erinnert daran, dass der Kreis Unna leidgeprüft sei in Bezug auf Konnexität. Da das Projekt
überregionale Bedeutung habe, sei es eine ganz normale Abwehrhaltung, klarzustellen, dass es nicht über
kommunale Mittel mitfinanziert werde. Er verstehe daher die Einlassung der FDP-Gruppe nicht und wolle für
eine geschlossene Beschlussfassung werben.

Für die Fraktion GFL-Lünen/UWG Selm erklärt Herr Kampmann seine Zustimmung zum RS 1. Den Ergän-
zungsantrag von SPD und CDU halte seine Fraktion jedoch für überflüssig. Ein entsprechender Auftrag sei
bereits im Dezember an Herrn Landrat Makiolla erteilt worden.

Nach kurzer weiterer Diskussion stellt Herr Landrat Makiolla zunächst den Antrag der Fraktionen SPD und
CDU zur Abstimmung.

Punkt 11.2 075/15 Antrag der Fraktionen SPD und CDU vom 26.05.2015 zur DS 066/15

Erörterung

siehe Punkt 11

Beschluss

Der Beschlussvorschlag zur Drucksache 066/15 wird wie folgt ergänzt:

Der Landrat wird beauftragt, bei diesen Gesprächen auf die strikte Einhaltung des Konnexitätsprinzips zu
bestehen. Der Kreis Unna und seine Kommunen dürfen bei der Finanzierung und Unterhaltung des geplan-
ten RS 1 weder unmittelbar noch mittelbar finanziell belastet werden.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich beschlossen (47 Ja-Stimmen der Fraktionen SPD und CDU, der Gruppe FW sowie des Landrates, 17 Nein-Stimmen der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Linksfraktion, GFL-Lünen/UWG-Selm, sowie der Gruppen FDP und Piraten)

Punkt 11.1 066/15 Kernaussagen der Machbarkeitsstudie und Perspektiven

Erörterung

siehe Punkt 11

Herr Landrat Makiolla stellt den ergänzten Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschluss

Die vorliegenden Ergebnisse der Machbarkeitsstudie zum Radschnellweg Ruhr (RS 1) werden unterstützt. Der Kreis Unna bekennt sich zu dem Ziel einer zeitnahen Realisierung.

Der Landrat wird beauftragt, an Schritten zur Umsetzung aktiv mitzuwirken sowie an Gesprächen zur Finanzierung und Trägerschaft für die Region teilzunehmen und fortlaufend zu berichten.

Der Landrat wird beauftragt, bei diesen Gesprächen auf die strikte Einhaltung des Konnexitätsprinzips zu bestehen. Der Kreis Unna und seine Kommunen dürfen bei der Finanzierung und Unterhaltung des geplanten RS 1 weder unmittelbar noch mittelbar finanziell belastet werden.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich beschlossen (61 Ja-Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Linksfraktion, GFL-Lünen/UWG-Selm, der Gruppen Piraten und FW sowie des Landrates, 2 Nein-Stimmen der FDP-Gruppe, 1 Enthaltung der CDU-Fraktion)

Punkt 12 047/15 Abberufung / Bestellung von Prüferinnen/ Prüfern des Rechnungsprüfungsamtes

Beschluss

Herr Kreisamtsrat a.D. Jürgen Bischoff wird mit sofortiger Wirkung als Prüfer des Rechnungsprüfungsamtes abberufen.

Frau Kreisoberamtsrätin a.D. Annette Cramer wird mit sofortiger Wirkung als Prüferin des Rechnungsprüfungsamtes abberufen.

Frau Kreisamtsfrau Marion Frohwein wird mit sofortiger Wirkung zur Prüferin des Rechnungsprüfungsamtes bestellt.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 13 051/15**Entwurf des Jahresabschlusses 2014**Beschluss

Der am 06.05.2015 vom Kämmerer aufgestellte und vom Landrat bestätigte Entwurf des Jahresabschlusses 2014 (einschl. Anlagen) wird zur weiteren Prüfung an den Rechnungsprüfungsausschuss überwiesen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 14 043/15**Budgetbericht zum Stichtag 31.03.2015**Erörterung

Herr Dr. Wilk erläutert zunächst die Drucksache und geht dabei ausführlich auf die Abweichungen in den einzelnen Budgets ein. Insgesamt sei das Ergebnis zum 31.03.2015 um 1,36 Mio. Euro besser ausgefallen als geplant. Maßgeblicher Grund dafür sei die inzwischen erfolgte Rückzahlung von Bundesmitteln aus dem Bildungs- und Teilhabepaket in Höhe von 1,8 Mio. Euro. Ohne diesen Einmaleffekt hätte sich eine Verschlechterung von 450.000 Euro ergeben. Herr Dr. Wilk geht sodann eingehend auf die Gründe für die Verschiebungen in den einzelnen Budgets ein. Insoweit wird auf die Darstellung in der Drucksache verwiesen.

Zur aktuellen Entwicklung der Haushaltsbewirtschaftung führt Herr Dr. Wilk aus, dass sich die günstigere Entwicklung bei den Kosten der Unterkunft, die sich seit Oktober 2014 abzeichne, Anfang 2015 fortgesetzt habe. Während die Kosten der Unterkunft im April und Mai 2015 um 2,4 Prozent bzw. 2,7 Prozent unter den Kosten der Unterkunft der entsprechenden Monate des Vorjahres 2014 gelegen hätten, seien die Kosten im Februar 2015 jedoch um 1,6 Prozent im Vergleich zu Februar 2014 gestiegen. Diese indifferente Entwicklung sei dem Jobcenter noch nicht plausibel. Im Ergebnis sei jedoch davon auszugehen, dass der geplante Ansatz bei den Kosten der Unterkunft zum Jahresende um 2 bis 3 Mio. Euro unterschritten werde. Trotzdem rate er bei den Prognosen zur Vorsicht, da sich manche Entwicklungen nicht ohne weiteres erklären ließen. So sei die Zahl der Bedarfsgemeinschaften im April und im Mai gestiegen, und trotzdem hätten sich die Gesamtkosten verringert. Insgesamt gehe er dennoch beim Soll-Ist-Vergleich von einer weniger schlechten Entwicklung der Haushaltsbewirtschaftung bis zum Ende des Jahres aus.

Mit einem Eigenkapital von nunmehr 7 Mio. Euro drohe nun auch mit Blick auf den Jahresabschluss zumindest nicht mehr so unmittelbar die Überschuldung, wie es noch im letzten Herbst der Fall gewesen sei.

Der Kreistag nimmt den Budgetbericht zum Stichtag 31.03.2015 zur Kenntnis.

Erörterung

Herr Landrat Makiolla erläutert eingangs, dass die Mittel aus dem Investitionsprogramm des Bundes über ein Landesausführungsgesetz an die Kommunen verteilt würden. Das Land NRW habe zugesagt, die Mittel zu 100 Prozent an die Kommunen weiterzugeben, jedoch bestehe bei der Verteilung der Mittel ein Gestaltungsspielraum. Das Landesausführungsgesetz werde erst nach der Sommerpause in den Gremien des Landtages beraten und daher voraussichtlich nicht vor November in Kraft treten, so dass zuvor auch keine Zahlungen zu erwarten seien.

Auf Landesebene gebe es derzeit unterschiedliche Meinungen hinsichtlich der Verteilung der Gelder. Der Vorschlag des Ministeriums für Inneres und Kommunales (MIK) schließe bei der Mittelvergabe auch die Kreise mit ein. Es gebe jedoch außerdem einen Verteilungsvorschlag des Städtetages, der vorsehe, dass die Kreise kaum Mittel erhielten, sondern der größte Teil der Gelder an die kreisfreien Städte fließe. Dies sei aus Sicht des Kreises nicht akzeptabel, und es sei noch unklar, wie die Diskussion dazu ausgehen werde. Daher habe er einen Brief an die Landtagsabgeordneten aus dem Kreis Unna geschrieben mit der Bitte, sich in den politischen Beratungen für die Interessen des Kreises Unna einzusetzen und den Vorschlag des Innenministers zur Verteilung der Mittel zu unterstützen.

Herr Enters begründet den gemeinsamen Antrag der Fraktionen SPD und CDU und unterstreicht, dass mit diesem ein politischer Gestaltungswille zum Ausdruck gebracht werde, den die Bürgerinnen und Bürger sicherlich vom Kreistag erwarteten, wenn Investitionsmittel in dieser Größenordnung an die Kommunen verteilt würden. SPD- und CDU-Fraktion hielten es für sinnvoll, die Mittel für die Weiterführung des sinnvollen Erhaltungsinvestitionsprogramms für die Schulen zu verwenden.

Die Initiative des Landrates, die Landtagsabgeordneten um Unterstützung für die Interessen des Kreises zu bitten, begrüße seine Fraktion ausdrücklich.

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstreicht Herr Goldmann, dass das Landesausführungsgesetz, das regelt, ob und in welcher Höhe Investitionsfördermittel in den Kreis fließen, noch nicht vorliege. Es sei zwar politisch legitim, aber nicht sinnvoll, den Landrat jetzt schon zu beauftragen, Vorschläge für die Verwendung von Mitteln zu unterbreiten, deren Höhe noch nicht feststehe. Er halte den Antrag ohnehin für verzichtbar, denn es sei selbstverständlich, dass der Landrat den politischen Gremien zu gegebener Zeit entsprechende Vorschläge unterbreiten werde.

Herr Will erklärt, die FDP-Gruppe werde den Antrag unterstützen, da so die kreiseigenen Schulen von den zu erwartenden Mitteln profitieren würden. Vor dem Hintergrund der von Herrn Landrat Makiolla vorgetragenen Problematik bezüglich der Mittelverteilung schlage die FDP-Gruppe vor, den Beschlussvorschlag des Antrags wie folgt zu ergänzen:

„Der Landrat wird zudem beauftragt, sich bis zum letztendlichen Beschluss gegenüber der Landesregierung und dem Landtag dafür einzusetzen, dass die Bundesmittel gemäß dem ursprünglich durch das Ministerium für Inneres und Kommunales vorgelegten Schlüssel verteilt werden und nicht nach dem Modell des Städtetages, das vor allem den kreisfreien Raum eklatant bevorzugen würde.“

Herr Jasperneite fügt ergänzend zu den Ausführungen von Herrn Enters hinzu, es sei Aufgabe des Kreistages, der Verwaltung politische Richtungen vorzugeben. Er hoffe, dass sich der Innenminister mit seinem

Vorschlag durchsetzen könne und Mittel in den Kreis fließen würden. Den von der FDP-Gruppe vorgetragenen Antrag werde die CDU-Fraktion mittragen.

Herr Stalz erklärt, die FW-Gruppe werde den Antrag von SPD und CDU nicht unterstützen. Noch stehe nicht fest, ob es Mittel für den Kreis geben werde und wenn ja, in welcher Höhe. Zudem könne der Kreistag auch nicht, wie im Beschlussvorschlag formuliert, im September über die Mittelverwendung entscheiden, wenn das Landesausführungsgesetz erst im November erwartet werde.

Politische Vorgaben seien aus Sicht der Freien Wähler allerdings dann sinnvoll, wenn die Höhe der Mittel feststehe. Die FW-Gruppe plädiere aber dafür, die Mittel nicht nur für die Sanierung der Sporthallen der Berufskollegs, sondern auch für andere Infrastrukturmaßnahmen zu verwenden, zum Beispiel für die Sanierung der kommunalen Straßen.

Herr Landrat Makiolla weist darauf hin, dass es nach den Vorgaben des Bundes grundsätzlich nicht zulässig sei, die Gelder für den Bau oder für die Sanierung kommunaler Straßen einzusetzen, da diese nicht in die Kompetenz des Bundes fielen.

Für die Linksfraktion kritisiert Herr Sell, dass der Beschlussvorschlag des Antrags in sich widersprüchlich sei. Zum einen solle der Landrat beauftragt werden, einen Vorschlag zur Mittelverwendung zu unterbreiten. Zum anderen werde aber im zweiten Absatz bereits die Verwendung der Gelder für die Sanierung der Sporthallen der Berufskollegs vorgeschlagen. Das sei aus seiner Sicht kein ordnungsgemäßer Antrag.

Für die Gruppe der Piraten äußert Herr Roß seine Verwunderung über die intensive Diskussion über einen Antrag, den man derzeit noch nicht gebrauchen könne, da die Mittel noch nicht feststünden. Er schlage vor, die Diskussion über die Mittelverwendung auf die Sitzung nach der Sommerpause oder in die Haushaltsplanberatungen zu verschieben.

Herr Enters bezieht sich auf die Äußerungen von Herrn Stalz und merkt an, dass jede Fraktion oder Gruppe eigene Anträge zu Mittelverwendung stellen könne, über die man dann diskutieren könne. Der Wunsch der Fraktionen SPD und CDU sei es, die Gelder für die Sanierung der Schulgebäude einzusetzen.

Die von der FDP vorgeschlagene Ergänzung des Beschlussvorschlags werde auch von der SPD mitgetragen.

Für die Fraktion GFL-Lünen/UWG-Selm spricht sich Frau Lipke dafür aus, zunächst das Landesausführungsgesetz und die nachfolgenden Vorschläge des Landrates abzuwarten, um dann in Ruhe politisch zu entscheiden, welche Prioritäten man für den Kreis Unna setzen wolle.

Die von der FDP-Gruppe vorgeschlagene Beschlussergänzung sei zwar im Sinne ihrer Fraktion. Da diese jedoch in den gemeinsamen Antrag übernommen werde, werde ihre Fraktion sie mit ablehnen.

Nach weiterer kurzer Diskussion stellt Herr Landrat Makiolla den um den Vorschlag der FDP-Gruppe ergänzten Antrag der Fraktionen SPD und CDU zur Abstimmung.

Beschluss

Der Landrat wird beauftragt, einen Vorschlag zu unterbreiten, wofür die Mittel aus dem Investitionsprogramm des Bundes verwandt werden können. Der Kreistag wird im September 2015 über die konkrete Mittelverwendung entscheiden. Aufbauend auf das bisherige Schulprogramm des Kreises sollen die Mittel des Bundes prioritär dazu dienen, die Sporthallen an den Berufskollegs für die Zukunft fit zu machen, technisch zu ertüchtigen und energetisch zu sanieren.

Der Landrat wird zudem beauftragt, sich bis zum letztendlichen Beschluss gegenüber der Landesregierung und dem Landtag dafür einzusetzen, dass die Bundesmittel gemäß dem ursprünglich durch das Ministerium für Inneres und Kommunales vorgelegten Schlüssel verteilt werden und nicht nach dem Modell des Städtetages, das vor allem den kreisfreien Raum eklatant bevorzugen würde.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich beschlossen (47 Ja-Stimmen der Fraktionen SPD und CDU, der Gruppe FDP sowie des Landrates, 17 Nein-Stimmen der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Linksfraktion und GFL-Lünen/UWG-Selm sowie der Gruppen Piraten und FW)

Punkt 16 071/15 Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Wahrnehmung der Aufgabe der Finanzbuchhaltung für das Studieninstitut Hellweg-Sauerland Soest

Beschluss

1. Der Wahrnehmung der Aufgaben der Finanzbuchhaltung für den Zweckverband Studieninstitut für kommunale Verwaltung Hellweg-Sauerland Soest durch die Zentrale Finanzbuchhaltung des Kreises Unna zum 01.01.2016 wird zugestimmt.
2. Der Landrat wird ermächtigt, die der Drucksache 071/15 beigefügte öffentlich-rechtliche Vereinbarung abzuschließen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 17 054/15 Zusammenarbeit zwischen den Leitstellen der Kreise Unna und Soest; Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung

Beschluss

Der Landrat wird beauftragt, die der Drucksache Nr. 054/15 anliegende öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen den Kreisen Unna und Soest über die Bildung von Redundanzen bei der Digitalen Alarmierung zwischen den Kreisleitstellen der Kreise Unna und Soest abzuschließen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 18

Erstaufnahmeeinrichtung für asylbegehrende Ausländer

Punkt 18.1 068/15/1 Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über eine Erstaufnahmeeinrichtung für asylbegehrende Ausländer zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen und dem Kreis Unna

Erörterung

Herr Makiolla weist darauf hin, dass es bei der Beschlussfassung um die Wahrnehmung einer Aufgabe von landesweiter Bedeutung gehe. Er bedanke sich bei allen Beteiligten der Kreisverwaltung, die daran mitgewirkt hätten, dass die Inbetriebnahme der Einrichtung zum 01.07.2015 verwirklicht werden könne. Mit der Ergänzungsdrucksache liege eine aktualisierte Fassung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen dem Land NRW und dem Kreis Unna vor. Alle Änderungswünsche des Kreises seien akzeptiert worden. Die Auswirkungen auf den Haushalt seien in der Drucksache 076/15 dargestellt. Auf die Entwicklung werde man im Rahmen der turnusmäßigen Budgetberichte eingehen.

Herr Goldmann verweist auf seine Ausführungen im Kreisausschuss und unterstreicht erneut seinen Respekt davor, wie geräuschlos die Einrichtung des Standorts im Kreis Unna vonstattengegangen sei. Das sei mit Blick auf die Diskussionen in anderen Regionen von Nordrhein-Westfalen alles andere als selbstverständlich und sei eine gute Basis für eine weitere vertrauensvolle Zusammenarbeit mit allen Beteiligten.

Für die SPD-Fraktion schließt sich Herr Enters diesen Ausführungen an und hebt die sozialpolitische Bedeutung der Entscheidung hervor. Hier werde eine Struktur geschaffen, die die Willkommenskultur des Kreises Unna gegenüber Flüchtlingen deutlich mache.

Für die CDU-Fraktion schließt sich Herr Dörner den Ausführungen von Herrn Goldmann und Herrn Enters an und unterstreicht ebenfalls positiv die Einigkeit bei der Diskussion und Beschlussfassung. Die Bedeutung der Entscheidung reiche über den Kreis hinaus, und er danke allen Beteiligten, die zum Abschluss der Vereinbarung beigetragen hätten.

Beschluss

Der Landrat wird beauftragt, mit dem Land Nordrhein-Westfalen, vertreten durch die Bezirksregierung Arnsberg, diese vertreten durch den Regierungspräsidenten Dr. Gerd Bollermann, eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung über eine Erstaufnahmeeinrichtung für asylbegehrende Ausländer gemäß dem der Drucksache 068/15/1 beigefügten Entwurf abzuschließen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 18.2 076/15 Auswirkungen auf den Haushalt

Der Kreistag nimmt die in der Drucksache 076/15 dargestellten Auswirkungen auf den Haushalt zur Kenntnis.

Beschluss

Der Landrat wird beauftragt, die der Drucksache 048/15 beigefügte Vereinbarung über die verwaltungsbezirksübergreifende Zuteilung des Kfz-Altkenzeichens LH mit dem Kreis Coesfeld abzuschließen und anschließend zu veranlassen, dass über das Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen (MBWSV) beim Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) der erforderliche Antrag auf Festlegung eines gemeinsamen Unterscheidungszeichens LH für die Verwaltungsbezirke Kreis Coesfeld und Kreis Unna gestellt wird.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Erörterung

Herr Dr. Wilk skizziert zunächst den Verlauf der Vertragsverhandlungen und teilt mit, dass bei dem nun erzielten Ergebnis alle Vorgaben, die der Kreistag in seinem Beschluss am 06.05.2014 formuliert habe, berücksichtigt werden konnten. Im Januar 2015 sei der Eigentümer auf das Angebot, das der Kreis bereits im Sommer 2014 vorgelegt habe, eingegangen.

Herr Dr. Wilk geht sodann auf die Verhandlungsergebnisse im Einzelnen ein und erläutert die Eckpunkte des geplanten Untermietvertrages sowie die Abwicklung des Altvertrages. Insoweit wird auf die Darstellung in der Drucksache verwiesen.

Insgesamt, so Herr Dr. Wilk, sei er der Auffassung, dass man ein gutes Verhandlungsergebnis erzielt habe, das sich im Rahmen der Vorgaben des Kreistages bewege. Die aktuell laufende Ausstellung werde noch bis August gezeigt; im Herbst würden dann die Umbaumaßnahmen anlaufen. Die Wiedereröffnung des Schlosses sei für Anfang 2017 geplant.

Derzeit verhandele man noch über Details, aber auch diese Gespräche verliefen sehr positiv, so dass sich keine Hürden mehr abzeichneten.

Er bitte um breite Zustimmung für die ausgehandelten Rahmenbedingungen und Eckpunkte, auf deren Grundlage nun die Verträge mit den drei Beteiligten ausgearbeitet würden.

Im nächsten Stellenplan, so Herr Dr. Wilk abschließend, würden drei Überwachungskräfte für Haus Opherdicke und Schloss Cappenberg zusätzlich ausgewiesen. Die Stellen seien bisher bereits finanziert, aber nicht vollständig im Stellenplan abgebildet worden. Dies werde aus Gründen der Transparenz nun korrigiert. Das Gesamtbudget werde dadurch nicht zusätzlich belastet.

Für die FDP-Gruppe hebt Herr Will hervor, dass für die Bevölkerung im Kreis Unna und darüber hinaus mit dem Verhandlungsergebnis ein Kleinod erhalten werde, das seinesgleichen suche.

Nach Aussage der zuständigen Dezernentin beim Landschaftsverband Westfalen-Lippe plane der LWL, für seine Ausstellungsfläche Eintrittsgelder zu erheben. Die FDP-Gruppe plädiere dafür, dass auch der Kreis Eintrittsgelder für seine Ausstellungen erheben sollte.

Auf seine Bitte hin sichert Herr Landrat Makiolla zu, dass im Ausschuss für Bildung und Kultur eine Übersicht über die Einnahmen des Museumsschops in den vergangenen Jahren vorgelegt werde.

Auch Herr Dörner für die CDU-Fraktion, Frau Lipke für die Fraktion GFL-Lünen/UWG-Selm, Herr Stalz für die FW-Gruppe und Frau Schneider für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begrüßen ausdrücklich die Verhandlungsergebnisse.

Herr Dörner bringt seine Hoffnung zum Ausdruck, dass die Halbierung der Ausstellungsfläche des Kreises aufgefangen werde durch die Aufwertung der Ausstellungsfläche des LWL, von der auch der Kreis profitieren könne.

Frau Hupe sieht die Verringerung der Ausstellungsfläche als Chance für eine neue Konzeption, speziell in Verbindung mit der neu zu konzipierenden Freiherr-vom-Stein-Ausstellung. Zur Frage der Eintrittsgelder verweist sie auf die entsprechende Diskussion im Ausschuss für Bildung und Kultur am 05.05.2015. Dort sei man zu dem Ergebnis gekommen, dass darüber zu gegebener Zeit beraten werden sollte.

Auf Nachfrage von Herrn Klostermann führt Herr Dr. Wilk aus, dass eine Rückstellung für etwaige Kosten des noch ausstehenden Rechtsstreits gebildet werde, sobald die genaue Höhe feststehe. Der Betrag werde 400.000 Euro nicht überschreiten.

Herr Stalz merkt an, dass man nun bis 2017 Zeit habe, die Ursachen für den Besucherrückgang auf Schloss Cappenberg zu ergründen. Sollte dieser im Zusammenhang mit der Erhebung von Eintrittsgeldern stehen, müsse man sich überlegen, wie man weiter vorgehen wolle.

Auf Nachfrage von Herrn Bremerich erläutert Herr Dr. Wilk, dass das Archiv des Schlosses mit dem privaten Nachlass des Freiherrn-vom-Stein nicht Gegenstand des alten Vertrages und daher von den Verhandlungen nicht betroffen sei. Nach seinen Informationen werde es an der alten Stelle belassen.

Abschließend stellt Herr Dr. Wilk klar, dass er im Ausschuss für Bildung und Kultur angesichts des Rückgangs der Besucherzahlen auf Schloss Cappenberg angekündigt habe, dass man sich mit der Frage der Eintrittsgelder neu beschäftigen müsse, nicht, dass man sie abschaffen sollte.

Während der Renovierungsphase 2016 sei als Alternativprogramm ein Ausstellungsangebot in der Stiftskirche geplant mit dem Ziel, die Besucher während der Schließungszeit des Schlosses zu halten.

Herr Landrat Makiolla unterstreicht, dass der Kreistag vor einer historischen Entscheidung stehe. Mit dieser Entscheidung binde sich der Kreis für einen langen Zeitraum und lege insoweit auch ein gewisses kulturhistorisches Profil des Kreises fest.

Schloss Cappenberg, das früher den Adeligen vorbehalten gewesen sei, werde als historisch bedeutendstes Gebäude im gesamten Ruhrgebiet weiterhin zugänglich für die Öffentlichkeit bleiben. Dies sei ein wichtiges Symbol für die Demokratie.

Zudem werde es auf Schloss Cappenberg weiterhin hochwertige Kulturangebote von überregionaler Bedeutung geben. Er danke ausdrücklich Herrn Dr. Wilk und Herrn Dr. Timpe sowie den beteiligten Fachbereichen für die hervorragenden erzielten Ergebnisse.

Beschluss

Der Landrat wird beauftragt, einen Untermietvertrag zwischen dem Kreis Unna und dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe über die Präsenz des Kreises Unna mit Wechselausstellungen zwischen 2016 und 2035 auf der Grundlage des vorgestellten Verhandlungsergebnisses und der beschriebenen Eckpunkte des Mietvertrages zu schließen.

Wesentliche Basis dafür bildet der zwischen dem LWL und dem Eigentümer Graf von Kanitz zu schließende (Haupt-)Mietvertrag über die museale Präsenz des LWL im Rahmen einer Dauerausstellung zum Freiherrn vom Stein auf Schloss Cappenberg. Den Abschluss dieses Vertrages begleitet der Kreis Unna intensiv.

Insbesondere soll erreicht werden

- eine Entlastung des Kreises Unna von der Unterhaltung des Denkmals Schloss Cappenberg an Dach und Fach,
- eine Entlastung von weiteren Investitionen für das Denkmal Schloss Cappenberg,
- eine Zusage des Vermieters und Eigentümers Graf von Kanitz zur Übernahme von Investitionen für eine angemessene museale Nutzung sowie eine barrierefreie Erschließung,
- eine Reduktion der Mietfläche für den Kreis Unna,
- verbesserte Mietkonditionen zugunsten des Kreises Unna mit einer geschätzten Ersparnis von rund 600.000 EUR bezogen auf die Laufzeit von 20 Jahren.

Ebenso wird dem dargestellten Vorgehen zur Abwicklung des Altvertrages von 1985 zwischen den Beteiligten Graf von Kanitz, LWL und Kreis Unna zugestimmt.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 21 083/15 Zukunft der Neuen Philharmonie Westfalen

Erörterung

Herr Landrat Makiolla geht auf die Drucksache ein und führt aus, dass durch den nun abgeschlossenen Haustarifvertrag die Möglichkeit bestehe, das Orchester unter verträglichen Bedingungen weiterzuführen. Er halte es für äußerst erfreulich, dass eine Einigung mit den Musikern erzielt worden sei. Zudem gebe es positive politische Signale vom Land Nordrhein-Westfalen und vom Landschaftsverband Westfalen-Lippe, die Zuschüsse an das Orchester künftig dauerhaft zu erhöhen.

Der allgemein gültige Tarifvertrag, der vor mehr als einem Jahr mit den Musikern vereinbart worden sei, hätte bei dem Orchester zu deutlich höheren Personalkostensteigerungen geführt, als das jetzt der Fall sein werde, da die Musiker auf bestimmte Gehaltsbestandteile verzichtet hätten.

Herr Landrat Makiolla stellt sodann die Regelungen des Haustarifvertrags im Einzelnen vor. Insoweit wird auf die Drucksache verwiesen.

Er sei zuversichtlich, so Herr Landrat Makiolla, dass es den kommunalen Trägern gemeinsam mit dem Land NRW und dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe gelingen werde, die musikalischen Angebote der Neuen Philharmonie Westfalen für die Menschen im Kreis Unna in den kommenden Jahren zu erhalten. Eine weitergehende Diskussion werde im zuständigen Fachausschuss und spätestens zu den Haushaltsplanberatungen im Kreistag erfolgen.

Auf Nachfrage von Frau Schneider erläutert Herr Landrat Makiolla, warum der Rat der Stadt Recklinghausen, anders als der Kreistag des Kreises Unna, einen Beschluss zum Haustarifvertrag fassen müssen. So habe in Recklinghausen die grundsätzliche Beschlusslage bestanden, dass die Kosten des Orchesters nicht die Kosten der Ruhrfestspiele übersteigen dürften. Da das aber nach den Verhandlungen trotz der erzielten Einsparungen der Fall sei, sei eine entsprechende Ermächtigung für den Bürgermeister erforderlich

gewesen. Zudem habe der Rat über die Auflösung einer Rückstellung für die Kosten des Orchesters beschließen müssen. Der Kreistag habe bereits ausführlich im Rahmen der Haushaltsberatungen 2015 über den Erhalt des Orchesters diskutiert. Diese Diskussion sei in der Stadt Recklinghausen erst jetzt geführt worden.

Möglicherweise müsse der Kreistag in diesem Jahr noch beschließen, den Fusionsvertrag bis 2021 nicht zu kündigen. Er werde diese Frage klären und dem Kreistag erforderlichenfalls einen entsprechenden Beschlussvorschlag unterbreiten.

Auf Nachfrage von Herrn Kranemann stellt Herr Dr. Wilk die Auswirkungen des Haustarifvertrags auf den Kreishaushalt dar. Für die Vergangenheit bis 2014 ergebe sich ein Defizit von 680.000 Euro, für das laufende Wirtschaftsjahr 2015 von 530.000 Euro, dies jeweils für alle drei kommunalen Träger zusammen. Mit einem Anteil von 1/6 für den Kreis Unna ergäben sich damit einmalig rund 201.000 Euro, zuzüglich rund 25.000 Euro für die tarifliche Nachzahlung. Im laufenden Haushaltsjahr sehe der Haushaltsansatz bereits einen um 190.000 Euro erhöhten Zuschussbedarf vor, dieser betrage also statt 540.000 Euro 730.000 Euro. Der erhöhte Betrag im Haushalt 2015 werde zur Deckung dieser einmaligen Mehraufwendungen eingesetzt; die verbleibende Differenz von rund 36.000 Euro müsse aus dem laufenden Haushalt erwirtschaftet werden. Ab dem Haushaltsjahr 2016 müsse für die kommenden Jahre der gedeckelte jährliche Zuschuss um 100.000 Euro erhöht werden und damit jährlich 640.000 Euro betragen.

Der Kreistag nimmt den Sachstandsbericht zur Zukunft der Neuen Philharmonie Westfalen zur Kenntnis.

Punkt 22 Vereinbarung zwischen dem Kreis Unna und der Arbeitsagentur zur Ausgestaltung des Jobcenters Kreis Unna;

**Punkt 22.1 046/15 Neufassung § 7 der Vereinbarung vom 05.11.2010 über die Ausgestaltung des Jobcenters Kreis Unna;
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und CDU vom 09.04.2015**

Erörterung

Herr Wiggermann begründet den gemeinsamen Antrag der Fraktionen SPD und CDU. Es handele sich nicht nur um eine Formalie, sondern um eine wichtige Weichenstellung für die erfolgreiche Zukunft des Jobcenters. Mit der bisherigen Regelung hätte zum 01.01.2016 der Wechsel der Geschäftsführung in die kommunale Hand erfolgen müssen. Aus Sicht der Antragsteller sollte aber die bestmögliche Besetzung der Geschäftsführerposition gewählt werden, egal, ob turnusmäßig vereinbart oder nicht.

Herr Wiggermann skizziert die erfolgreiche Arbeit des Jobcenters, die sich unter anderem an den besten Integrationszahlen in der Region und an den sinkenden Kosten der Unterkunft in diesem Jahr zeige. Diese Erfolge seien maßgeblich auf die erfolgreiche Arbeit der Geschäftsführung zurückzuführen. Um die Kontinuität dieser Arbeit zu sichern, wolle man die Position des Geschäftsführers weiter mit Herrn Ringelsiep besetzen. Dafür sei eine entsprechende Veränderung der bestehenden Vereinbarung erforderlich.

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erklärt Frau Brehmer die Zustimmung zu dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen SPD und CDU. Im Ausschuss für Arbeitsmarkt und Wirtschaftsförderung habe ihre Fraktion Beratungsbedarf angemeldet, da auch die Drucksache der Verwaltung zur Neufassung der Vereinbarung noch nicht vorgelegen habe. Dies sei nun der Fall und man werde zustimmen. Sie bedaure trotzdem, dass ihre Fraktion im Vorfeld der Planung des weiteren Stellenbesetzungsverfahrens nicht von der Verwaltung informiert worden und das ganze Verfahren nicht transparent kommuniziert worden sei.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wünsche sich weiterhin eine Arbeitsmarktpolitik, die sich auch ihrer kommunalen Verantwortung stelle. Kritisch sehe sie die steigenden Verwaltungskosten und den geplanten Einkauf von Leistungen eines Service-Centers. Die dafür notwendigen Mittel könnten nicht mehr für die aktive Arbeitsmarktförderung eingesetzt werden, und es sei zu befürchten, dass dies zu Lasten schwächeren Arbeitssuchenden gehe, die ohne Förderung nur schwer einen Zugang zum ersten Arbeitsmarkt erreichen könnten.

Ihre Fraktion beurteile die Arbeit von Herrn Ringelsiep in den letzten Jahren als Geschäftsführer des Jobcenters als positiv und stimme daher dem Antrag zu, wünsche sich aber gleichzeitig eine noch stärkere kommunale Verantwortung für die Arbeitsmarktpolitik im Kreis.

Beschluss

Der Landrat wird beauftragt, mit der Agentur für Arbeit über die Neufassung des § 7 Geschäftsführer der Vereinbarung vom 05.11.2010 über die Ausgestaltung des Jobcenters Kreis Unna zu verhandeln. Folgende Ziele sollen erreicht werden:

- Weiterhin sollen der Geschäftsführer und der Vorsitz der Trägerversammlung abwechselnd von den jeweiligen Trägern gestellt werden.
- Weiterhin sollen Geschäftsführer und der Stellvertreter abwechselnd von den jeweiligen Trägern gestellt werden.
- Der Geschäftsführer wird ab 01.01.2016 durch die Agentur für Arbeit für die Dauer von fünf Jahren gestellt.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 22.2 062/15 Neufassung ab dem 01.01.2016

Erörterung

siehe Punkt 22.1

Beschluss

Der Landrat wird beauftragt, die als Anlage 1 zur Drucksache 062/15 beigefügte Neufassung der Vereinbarung zwischen dem Kreis Unna und der Arbeitsagentur Hamm zur Ausgestaltung und Organisation des Jobcenters Kreis Unna abzuschließen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 23 049/15 Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Vertrages mit dem Land Nordrhein-Westfalen zur Kostenerstattung von Kinderbetreuungsplätzen

Beschluss

Dem Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Vertrages mit dem Land Nordrhein-Westfalen zur Kostenerstattung von Kinderbetreuungskosten für die Inanspruchnahme von Kinderbetreuungsplätzen in Fröndenberg/Ruhr wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 24 058/15/1 Fortsetzung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zum Ausgleichsflächenmanagement mit der Gemeinde Bönen

Erörterung

Herr Landrat Makiolla weist darauf hin, dass Änderungswünsche der Gemeinde Bönen in der Anlage zur Ergänzungsdrucksache, § 2 Abs. 4 und § 5 Abs. 1, berücksichtigt worden seien und erläutert diese kurz.

Auf Nachfrage von Herrn Klostermann bestätigt Herr Landrat Makiolla, dass es ähnliche Vereinbarungen auch mit anderen Städten und Gemeinden im Kreis gebe. Dies sei ein weiteres Beispiel für gelungene Interkommunale Zusammenarbeit im Kreis.

Beschluss

Der Landrat wird beauftragt, die als Anlage zur Drucksache 058/15/1 beigefügte „Vereinbarung zum Management von Ausgleichsmaßnahmen zwischen der Gemeinde Bönen und dem Kreis Unna“ auf der Grundlage des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit abzuschließen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 25 Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

1. Besuch einer Delegation aus dem Partnerkreis Nowy Sacz vom 05.-07.07.2015

Herr Landrat Makiolla teilt mit, dass der neu gewählte Landrat des polnischen Partnerkreises Nowy Sacz, Marek Plawiak, den Kreis Unna mit einer Delegation vom 05.07. bis zum 07.07.2015 besuchen werde. Am 06.07.2015 finde um 15 Uhr ein Empfang mit den Fraktionsvorsitzenden und Gruppensprechern statt. Man habe zudem ein Besuchsprogramm organisiert, so dass sich Herr Plawiak und seine Delegation ein gutes Bild über den Kreis machen könnten.

2. Stellungnahmen der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlaments zum Appell des Kreistages zu den Abkommen TTIP, TISA und CETA

Herr Landrat Makiolla teilt mit, er habe aufgrund eines entsprechenden Beschlusses des Kreistages vom 16.12.2014 die Europäische Kommission und das Europäische Parlament zu den Abkommen TTIP, TISA und CETA angeschrieben. Die Antworten lägen inzwischen vor und würden der Niederschrift beigefügt (siehe Anlage 4).

3. Durchführung der Kreistagssitzungen im Sitzungstrakt des Kreishauses

Herr Klostermann regt an, die Sitzungen des Kreistages künftig regelmäßig im Sitzungstrakt des Kreishauses durchzuführen.

Herr Landrat Makiolla führt dazu aus, dass dies bislang von der Mehrheit der Kreistagsmitglieder nicht gewünscht worden sei. Er sagt zu, das Thema in einer Sitzung des Ältestenrates unter Beteiligung der im Kreistag vertretenen Gruppen zu diskutieren.

Anlagen

1. Rede von Herrn Landrat Makiolla anlässlich des 40-jährigen Jubiläums der kommunalen Neuordnung
2. Beantwortung der Einwohnerfragen (wird nachgereicht)
3. Korrektur Seite 16 der Anlage zur Drucksache 063/15, „Linienbündelungskonzept“
4. Antworten der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlamentes auf den Appell des Kreistages zu den Abkommen TTIP, TISA und CETA

gez. Silke Schmücker
Schriftführerin

ges. Michael Makiolla
Vorsitzender